

Krageln und Kriegeln

Die spanischen Kommunisten ehrten in Madrid einen Altgenossen, der in der CSSR als „Staatsfeind Nummer eins“ verteufelt wird – den Reformler František Kriegel.

Für 65 prominente Gäste hatte das bekannte Madrider Restaurant „La Criolla“ in der Nacht zum 20. Mai den Tisch gedeckt; aber der Platz für den Ehrengast blieb leer: František Kriegel, Prags mutigster Reformkommunist, hatte für den von der spanischen KP ihm zu Ehren arrangierten Festschmaus keine Ausreisepapiere bekommen.

So konnte an seiner Stelle nur Kriegels Freund, der 1976 nach Schweden emigrierte Prager Atomforscher František Janouch, die Honneurs der Gastgeber entgegennehmen. Die ehrten in dem abwesenden Kriegel einen Mann, „der sein Leben lang für einen humanen Sozialismus gekämpft hat“.

Die kommunistische Parteiführung in der ČSSR ist da ganz anderer Meinung. Kriegel, unter Dubček Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der Nationalen Front, der sich nach dem Prager Überfall im August 1968 als einziger in der damaligen Parteiführung weigerte, den von Moskau diktierten Besatzervertrag zu unterschreiben, wurde aus der Partei gefeuert.

Kriegel ist prominentester Mitverfasser der Bürgerrechtsakte „Charta 77“. Rechtzeitig zum Breschnew-Besuchsbeginn am Dienstag voriger Woche in Prag gelangte ein neues Dokument der Charta-Autoren in den Westen, in dem die ČSSR-Regierung brisanter Menschenrechtsverletzungen in Untersuchungsgefängnissen, Haftanstalten und Arbeitslagern bezichtigt wird.

U-Häftlinge, so heißt es unter anderem in dem Dokument, würden mit Schlagstöcken geprügelt und mit Tränengas zusammengetrieben. Gefangene müßten Kost und Logis bezahlen, so daß sie bei ihrer Entlassung dem Staat gegenüber oft hoch verschuldet sind.

Mehrfach ist Kriegel als „Staatsfeind Nummer eins“ bezeichnet worden. Seit seinem Rausschmiß aus der Partei hat der kürzlich 70 Jahre alt gewordene Mediziner

Berufsverbot, und seine enge Zweizimmer-Wohnung in der Nähe des Wenzelplatzes, in der Kriegel mit seiner Frau Riva schon seit 1947 lebt, wird rund um die Uhr von Geheimpolizisten kontrolliert.

Als der Reformler die „Charta 77“ unterschrieb, nannten Rundfunk, Fernsehen und die Parteipresse ihn einen „Judas“ und „internationalen Abenteurer“ und provozierten eine Welle von anonymen Schmähbrieffen und Morddrohungen. Selbst Parteichef Husák betrieb mit Kriegels Namen billige Demagogie: „Wir werden weder krageln noch kriegeln“, sagte er vor Genossen. Die Prager hingegen nennen den rüstigen Greis nur „unseren Doktor“.

Der von Kommunisten gleichermaßen geehrte und verteufelte Kriegel wurde 1908 im galizischen Stanislaw geboren, das damals zu Österreich-Ungarn gehörte. Weil er als Jude auf der nächstgelegenen, inzwischen polni-

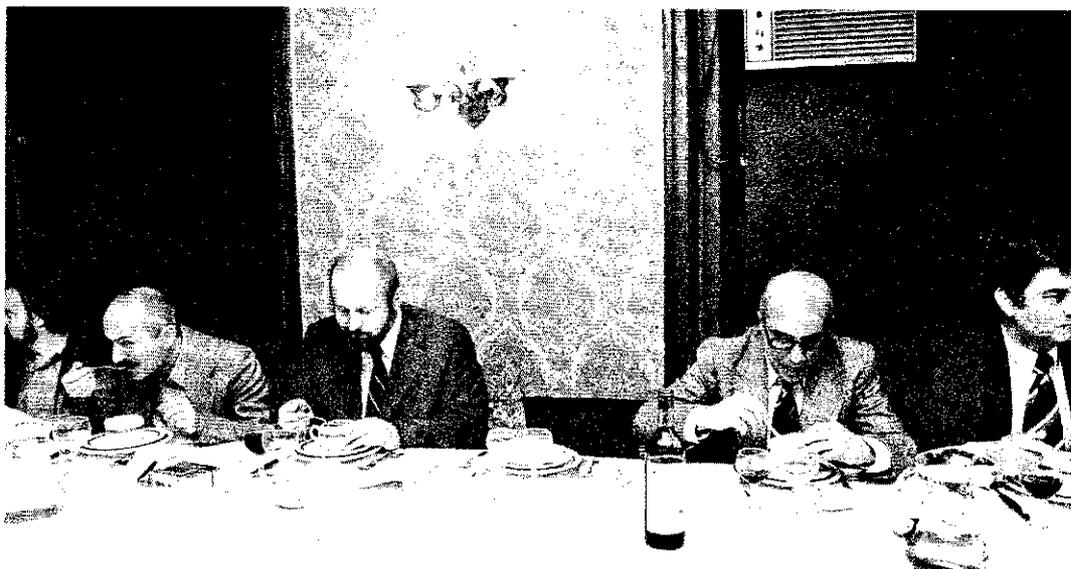
schen Uni von Lemberg nicht angenommen wurde, zog Kriegel 1926 nach Prag und ließ sich in der Medizinischen Fakultät des deutschen Teils der Karls-Universität einschreiben.

Schon in Polen gehörte er der linken Arbeiterjugend an, in Prag trat er in den Studentenbund „Leva fronta“ (Linke Front) ein und 1931 in die Kommunistische Partei. Als 1936 der spanische Bürgerkrieg ausbrach, schloß sich Kriegel den Republikanern an: „Die Freiheit muß dort verteidigt werden, wo sie gefährdet ist.“ Schon ein Jahr später war er Chefarzt der 45. Division in einer Internationalen Brigade. Kurz vor Francos Sieg ging Kriegel über die französische Grenze, die Divisionsfahne im Gepäck.

Weil er vor den Nazis weder in dem von Deutschen besetzten Prag noch in Frankreich sicher war, meldete sich Kriegel als Freiwilliger für das Chinesi-



Kriegel in Prag, Bewacher: „Die Freiheit muß dort verteidigt werden ...“



... wo sie gefährdet ist“: Kriegel-Ehrengastmahl in Madrid*

* Rechts neben Kriegels leer-gebliebenem Platz František Janouch.

sche Rote Kreuz im chinesisch-japanischen Krieg.

Kriegel nahm auf Maos Seite an Kämpfen in China teil. Als Deutschland der Sowjet-Union den Krieg erklärte, meldete sich der Altkommunist bei der sowjetischen Militärmission in Tschungking als Freiwilliger für die Rote Armee. Aber die Russen wollten ihn nicht.

Nach dem Krieg wollte Kriegel als Professor zur Universität, aber Freunde überredeten den international erfahrenen Genossen, sich für den Aufbau der noch instabilen KPČ zur Verfügung zu stellen. Seine Karriere war ebenso steil wie kurz: Kriegel wurde KP-Sekretär in Prag, dann Vize-Gesundheitsminister. Doch Anfang 1952 mußte er sein

schaft dem inzwischen politisch Rehabilitierten 1966 einen Platz im ZK.

Kriegel versuchte, „die Kontrolle des Parlaments über die Minister zu verstärken“, kritisierte, „daß die Abgeordneten die Beschlüsse der Partei erst eine halbe Stunde vor der Parlamentssitzung erfahren“, und wollte, daß „die Massen besser über die Schaffung des neuen Wirtschaftssystems informiert werden“ — Zitate aus seinen Reden nach dem Parlaments-Stenogramm.

Kein Wunder, daß die Reformer um Dubček in Kriegel einen der Ihren sahen: Im April 1968 wurde der Doktor zum Mitglied des Präsidiums der KPČ und zum Vorsitzenden der „Nationalen Front“, einer Dachorganisation aller zu-

das davor warnte, die Reformpolitik wieder rückgängig zu machen. Er sprach sich am entschiedensten für die Rehabilitierung der politisch Verfolgten und die Wiederzulassung der verbotenen Parteien aus.

Die Nacht der Okkupation erlebte Kriegel an der Seite von Dubček im Parteipräsidium. Ein sowjetisches Kommando hatte die führenden Reformer im Zimmer des Sekretärs unter Hausarrest gestellt. Kriegel, der für die kommenden Stunden fit bleiben wollte, streckte sich vor den Posten mit Maschinenpistolen zum Schlafen auf dem Teppich aus und nervte den wachhabenden russischen Oberst durch sein lautes Schnarchen.

Wie die anderen Präsidiumsmitglieder brachte ein Militärflugzeug auch Kriegel gewaltsam nach Moskau, aber dort ließ ihn die Kreml-Führung streng von den anderen Genossen isolieren. Der Doktor las den „Galilei“ von Brecht, den er zufällig in die Tasche gesteckt hatte.

Erst am Schluß der Beratungen über das Moskauer Protokoll, das nachträglich die militärische Intervention rechtfertigen sollte, wurde auch Kriegel in den Kreml geführt, er sollte wie die anderen unterschreiben.

Doch Kriegel weigerte sich. Auch als Husák ihn anschrie und Staatspräsident Svoboda ihn beschwor, er habe als alter Mann in seinem Leben genug Berge von Leichen gesehen, beharrte Kriegel: „Niemand von uns besitzt die Verfassungsvollmacht, derart weitgehende Verpflichtungen einzugehen.“

Die Sowjets schickten die gescheiterten Reformer wieder nach Hause — beinahe ohne Kriegel. Sie wollten den Kerl in Moskau behalten, erklärten sie, „um zu verhindern, daß die Tschechen und Slowaken einen Nationalhelden aus ihm machen“.

Doch diesmal blieben Dubček und Svoboda hart — ohne Kriegel trauten sie sich nicht nach Prag zurück. Kurz bevor die „Delegation aus der ČSSR“ mit rotem Teppich und allen Ehren auf dem Moskauer Flugplatz verabschiedet wurde, brachte die Miliz Kriegel heimlich ins bereitstehende Flugzeug.

Die Folgen waren voraussehbar: Am 31. August 1968 verlor Kriegel sein Amt im Präsidium, als einer von vier Abgeordneten stimmte er im Parlament noch gegen den Vertrag über die Stationierung von Sowjet-Truppen in der ČSSR.

Im Mai 1969 wurde der Doktor auch aus der Partei ausgestoßen. Doch mit seiner letzten Rede vor dem ZK versuchte er noch einmal, den Genossen die Wahrheit zu sagen:

Ich lehnte es ab zu unterschreiben, weil die Unterschrift in der Atmosphäre der militärischen Besetzung geschah, ohne Konsultation mit den Verfassungsorganen und im Gegensatz zu den Gefühlen



Kriegel (2. v. r. vorn), Genossen 1941 in China: Die Russen wollten ihn nicht

Arbeitszimmer räumen und wurde von der Geheimpolizei zum Verhör bestellt — seine internationalen Kontakte waren verdächtig.

Um ihn als Komplizen des als Westagenten hingerichteten Parteichefs Rudolf Slanský anzuklagen, reichte das präparierte Material nicht aus. Aber der Ex-Minister bekam nur mit Mühe einen Job — mit 45 Jahren als Assistenzarzt im Weinberger Krankenhaus.

Als aber 1960 eine kubanische Delegation Prag besuchte und um Hilfe bat, war der kommunistische Doktor wieder dabei. Für drei Jahre ging er als Beirat für Gesundheitsfragen nach Habana.

Zurück in Prag kandidierte er für die Nationalversammlung und wurde Vorsitzender ihres außenpolitischen Ausschusses. Parteichef Novotný ver-

gelassenen Verbände, gewählt. Gleichzeitig arbeitete er weiter als Chefarzt einer Inneren Abteilung des Thomayer-Krankenhauses.

Das vor allen Dingen machte seine Popularität im Volke aus, wenn er in der Straßenbahn oder in seinem uralten Simca durch die Prager Straßen fuhr. „Da ist doch wenigstens einer ganz oben, der einem im Notfall wirklich helfen kann“, so einer seiner Patienten.

Die sowjetische Parteispitze war da anderer Meinung. Beim Treffen in Čierná-nád-Tissou, dem letzten vor der Intervention, drohte ihm Sowjet-Premier Kossygin Ohrfeigen an und nannte ihn „einen galizischen Juden, der kein Recht hat, die Tschechoslowakei zu vertreten“.

Denn Kriegel hatte das „Manifest der 2000 Worte“ mitunterschrieben,

unsere Volkes ... Ich stimmte gegen die Ratifizierung des Vertrages über das provisorische Verbleiben der Truppen auf unserem Territorium ... Der Vertrag wurde nicht mit einer Feder, sondern mit den Läufen von Kanonen und Maschinengewehren geschrieben ...

Ein Jahr später wurde Kriegel auch als Chefarzt seines Krankenhauses abgesetzt. Sein Telefon wird bis heute abgehört, seine Post kontrolliert. Trotz der ständigen Polizeiwache vor seinem Haus konnten im vorigen Herbst zwei maskierte Männer in Kriegels Wohnung eindringen und seine Frau würgen. Bis in die Zeit der Belgrader KSZE-Konferenz beschatteten Geheimpolizisten in Zivil Kriegel bei jedem Gang außer Haus.

Aber der Reform-Kommunist will nicht aufgeben. Angebote, in den Westen zu emigrieren, lehnt er ab. Im November schickt er an seine alte Wirkungsstätte, die Nationalversammlung, eine Petition, in der er den Abzug der Sowjet-Truppen aus der ČSSR unter Berufung auf die KSZE-Beschlüsse von Helsinki fordert.

Er verlangt die Freilassung der politischen Gefangenen, korrespondiert mit den Eurokommunisten und kondoliert als einer der ersten in der chinesischen Botschaft in Prag zum Tode von Tschou En-lai. Von einem westlichen Journalisten nach der Zukunft seines Landes befragt, antwortet er: „Ich bin Optimist, aber kein Prophet.“

Für die spanische KP ist der von Polizisten bewachte Kriegel nicht nur Genosse, sondern noch immer Repräsentant der tschechoslowakischen Kommunisten. Zum Parteikongreß der PCE in Madrid, dem ersten legalen seit über 40 Jahren, veröffentlichte die Parteizeitung „Mundo Obrero“ demonstrativ ein Grußwort von Kriegel — neben einem Interview mit dem Chefredakteur der Moskauer „Prawda“.

Auf die Frage, warum die Spanier nicht auch KPČ-Chef Husák zum Kongreß eingeladen hätten, antwortete Spaniens KP-Chef Carrillo: „Husák ist nur der Statthalter einer Besatzungsmacht.“

BELGIEN

Schweiß abwischen

Wallonen protestieren gegen die neue 100-Franken-Geldnote — sie enthalte zuviel Flämisches.

Roger Werrion, Präsident der frankophonen Sprachenpartei der Brüsseler Gemeinde Schaerbeek, sah die Machtergreifung der Flamen im Königreich wieder näher kommen.

Die belgische Nationalbank hatte eine 100-Franken-Note in Umlauf gesetzt, die nach Ansicht Werrions ein

neues Beispiel flämischen Kulturimperialismus sei. Der neue Geldschein sieht nicht nur holländischen Guldennoten ähnlich, sondern ist auch noch überwiegend mit Mitteilungen in niederländischer Sprache bedruckt. Die belgischen Sprachengesetze aus dem Jahr 1963 schreiben jedoch auch für Banknoten rigorose Zweisprachigkeit vor.

Als besondere Provokation mußte es Werrion und seinen Freunden erscheinen, daß das den Belgiern in Flandern und in der Wallonie seit Jahrzehnten vertraute Bild des bärig-finsterblickenden Lütticher Architekten Lobard, der im 16. Jahrhundert wohl französisch sprach, auf der neuen „Honderd Frank“-Note durch das Porträt des blassen flämischen Architekten Hendrik Beyaert ersetzt wurde.

Überdies monierte Werrion, daß die Unterschriften des Notenbankgouverneurs und seines Vize nur unter ihrer niederländischen Berufsbezeichnung als „De Gouverneur“ und „De Schatbewaarder“ stehe. Auch würden Blinde die Relief-Punkte über dem Wert des Scheines nur auf der niederländischen Seite erfüllen können.

„Die frankophone Gemeinschaft“, so entrüstete sich Provinzialrat Werrion in einer Beschwerde an die vom flämischen Premier Leo Tindemans geführte Regierung, „sollte den Gebrauch der Beyaert-Note verweigern.“ Tatsächlich fragten in den ersten Wochen nach Erscheinen des neuen Geldscheins Tankwarte und Kleinhändler immer erst

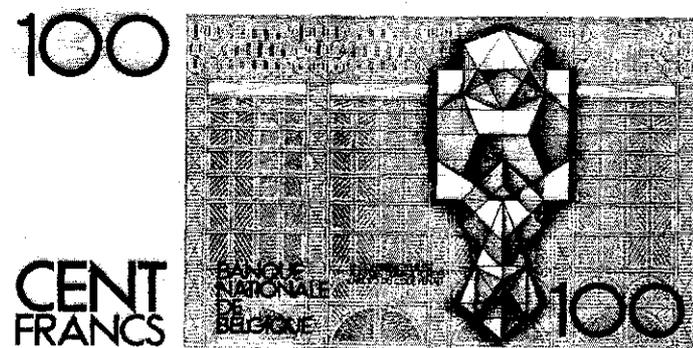
vorsichtig bei ihren Kunden nach, ob sie einen neuen 100-Franken-Schein als Wechselgeld akzeptierten.

Zwar nannte das Brüsseler Nachrichtenmagazin „Pourquoi Pas?“ den Boykott-Aufruf Werrions „Haarspalterei“, doch selbst die führende flämische Zeitung „De Standaard“ meldete Bedenken an. Die Banknote, so das Blatt, müsse als Mitteilung an die Bevölkerung gewertet werden und unterliege deswegen auch den Sprachengesetzen. Die starke Betonung des Niederländischen auf der Vorderseite aber entsprechende nicht diesen Gesetzen.

Auf die Folgen einer solchen strikten Gesetzauslegung wies denn auch die Brüsseler Zeitung „La Libre Belgique“ die flämischen Kollegen hin: Die Nationalbank müßte nicht nur die neuen Hunderter wieder einziehen — ein Millionen-Unternehmen —, sondern auch die schon abgeschlossene Gestaltung der neuen 500-, 1000- und 5000-Franken-Noten abändern.

Denn, so hatte die Nationalbank auf die erste empörte Reaktion geantwortet, die Sprachgleichheit werde sie auf ihre Art auslegen. Fünfhunderter und Fünftausender sollen betont frankophon ausfallen und wallonischen Künstlern gelten.

Wie der für belgische Empfindlichkeiten ideale Geldschein aussehen sollte, beschrieb „Pourquoi Pas?“: „So groß wie ein Handtuch, damit man sich den Schweiß abwischen kann.“



Umstrittene Hundert-Franken-Note*: Gebrauch verweigern

* Oben: Seite auf niederländisch; unten: auf französisch.